Gastkommentar. Inflationsrisiken gibt es immer. Sie taugen diesmal aber nicht als Argument gegen Lohnerhöhungen.

Eine Dosis Kaufkraft für die Wirtschaft

VON OLIVER PICEK

Die Herbstlohnrunde hat begonnen: Wirtschaftskammer und Gewerkschaften verhandeln wieder über höhere Löhne. Pünktlich wie das Amen im Gebet warnen manche wirtschaftsliberalen Ökonominnen und Ökonomen vor einer Lohn-Preis-Spirale. Sie beschwören die Angst vor einer hausgemachten höheren Teuerung herauf, nennen die 1970er-Jahre mit hohen Inflationsraten als Gottseibeiuns. Die Botschaft: Die Sozialpartner mögen sich mit Lohnerhöhungen zurückhalten, sonst drohe Unheil.

Heuer kann man getrost Entwarnung geben: Die Teuerung im Vorjahr – Grundlage der Lohnverhandlungen der Sozialpartner – beträgt durchschnittlich 1,9 Prozent. Das liegt sogar noch unter dem Zielwert für die Inflation der europäischen Zentralbank. Damit lässt sich keine Spirale drehen, nicht einmal eine kleine. Das Verhandlungsergebnis dürfte zwar etwas höher ausfallen – eine „spürbare Lohnerhöhung über der Inflationsrate" fordert die Metallergewerkschaft. Leistbar ist das allemal. Denn ein erstes fulminantes Comeback der Wirtschaft ist gelungen. Vergleicht man wöchentliche Werte, produziert die österreichische Volkswirtschaft schon mehr als vor der Krise. Die Industrie ist längst weit darüber hinaus und boomt.

Höhere Löhne sind nicht nur Kostenfaktor, sondern auch Nachfrageturbo. Der ist trotz der Erfolge nötig. Zwei Jahre verpasstes Wachstum gilt es aufzuholen. Die gute Nachricht: Diesmal besteht die Chance auf vollständige Genesung, ganz im Gegensatz zur katastrophalen Behandlung der Wirtschaft nach der Finanzkrise 2007 bis 2009. Doch dafür muss der Konsum im Land noch steigen. Zuvor brauchen die Menschen Einkommen, das sie ausgeben können. Neben niedriger Arbeitslosigkeit ist der wichtigste Faktor ein Lohnplus, das über der Teuerung liegt. Gerade diese Kaufkraft braucht es als Nachfrage für die vielen Güter und Dienstleistungen, die in Österreich für den heimischen Markt erzeugt werden. Denn trotz Globalisierung und Digitalisierung passiert ein großer Teil der Wertschöpfung immer noch regional.

Sind Warnungen vor dauerhaft höherer Inflation unbegründet? Grundsätzlich ja, denn der Kapitalismus funktioniert noch, weitet das Angebot aus, wenn der Preis steigt, zwingt ihn so wieder nach unten. Eines der größten Inflationsrisken ist jedoch die Untätigkeit gegen die Klimakrise. Die Trockenheit schlug letztes Jahr doppelt zu, führte zu einem Mangel an Chips und Aluminium: Der Wassermangel verhinderte die Reinigung in Taiwans Halbleiter-Fabriken und beeinträchtigte die Stromversorgung in Chinas Schmelzfabriken. Der verstärkte Import von Gas zur Stromerzeugung bewirkte schließlich die Gasknappheit in Europa und steigende Strompreise. Auch in den 1970ern stiegen die Nahrungsmittelpreise abrupt aufgrund von Missernten und die Rohstoffpreise aufgrund politischer Wirren. Will man regelmäßige Produktionsausfälle nicht riskieren, müssen wir das Tempo beim Kampf gegen die Klimakrise deutlich erhöhen.

Überförderte Betriebe

Doch letztlich müssen Unternehmen in einer Marktwirtschaft unternehmerische Risken selbst tragen – auch falls das Umfeld rauer werden sollte. In Österreich glaubte man während der Pandemie manchmal, dass dieses Prinzip außer Kraft gesetzt ist. Die Republik zahlte ihren Unternehmen im Schnitt die höchsten Subventionen europaweit. Nicht wenige Betriebe wurden überfördert, erhielten Zahlungen, die sie gar nicht benötigten. Zurückzahlen müssen sie nichts davon, die Bilanzen bleiben gepolstert. Die Fähigkeit der Unternehmen, eine Lohnerhöhung zu bezahlen, war so kurz nach einer Wirtschaftskrise noch nie so groß.

Oliver Picek (*1986) ist Chefökonom des sozialliberalen Momentum-Instituts.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

Am Sonntag ist in Deutschland Wahltag. Es wird spannend, denn noch immer sind viele Stimmen auf dem Markt. [Reuters]

Deutschland steht am Wendepunkt

Gastkommentar. Der Ausgang der deutschen Wahlen ist offen, aber eines ist schon heute klar: Angela Merkel ist auf nahe Sicht unersetzlich.

VON HEIDI GLÜCK

Mit der Ära Merkel endet auch in der Bundesrepublik Deutschland das Zeitalter der großen Volksparteien. Damit holt Deutschland eine Entwicklung nach, die in Italien, Frankreich oder Österreich schon vor vielen Jahren begonnen hat. Die politischen Lager erodieren. Statt der zwei Großen gibt es sechs mehr oder weniger große Mittelparteien. Mit Merkels Abgang sind auch ihre Wähler von CDU und CSU weg, das sind etwa zehn Prozent. Durchaus denkbar auch, dass angesichts des Angebots etliche zu den Nichtwählern wandern.

Erstmals seit 2005 gibt es wieder einen Lagerwahlkampf zwischen rechts und links und erstmals seit Gerhard Schröder eine reale Option für eine Linkskoalition. Zum ersten Mal könnte Deutschland auch eine Regierung aus drei Parteien haben, und zum ersten Mal wird es für eine Koalition drei Parteien brauchen. Der Sonntag bringt auch eine Richtungswahl rund um Mindestlohn, Reichensteuer, Kinder-Grundsicherung und um die Hauptfrage: grüne oder wirtschaftsfreundliche Industrie- und Verkehrspolitik.

Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, sagt: „Jetzt entscheidet sich, wohin Deutschland in den nächsten 50 Jahren steuert", und der „Spiegel" meint: „Der Klimawandel zwingt die Menschheit zu einer Jahrhundertreform." Und natürlich auch Deutschland.

Es gibt viele Baustellen: Die Pandemie hat gezeigt, wie rückständig die Bundesrepublik etwa bei der Digitalisierung ist. Die deutsche Infrastruktur muss mit vielen Milliarden saniert werden. Die Internetgiganten aus den USA und China sind technologisch uneinholbar voraus. Die Autoindustrie hat zu lang für den Einstieg in die E-Mobilität gebraucht. Beim Staatshaushalt hat Deutschland durch die Coronaschulden die vorbildliche Stabilität aufgegeben. Auf lange Sicht wird es keinen Budgetüberschuss mehr geben wie in den vergangenen Jahren. Das Land leidet unter einem Reformstau, will aber vor allem den Wohlstand verteidigen. In der Klimapolitik fehlt bei vielen das Bewusstsein für die Dramatik. 86 Prozent der Deutschen sind für den Ausbau erneuerbarer Energien, aber 45 Prozent wollen nicht mehr dafür bezahlen.

Selbst verschuldete Fehler

Eine schwierige Ausgangslage für die Parteien, die durch eine Reihe selbst verschuldeter Fehler verschlimmert wurde. Die SPD machte den Fehler, zwei unbekannte Linke statt Olaf Scholz zum Parteichef zu machen. Das schwächt Scholz, auch wenn er sich in den Umfragen gut behauptet.

Angela Merkel hat ihre Nachfolge schlecht gemanagt. Die Aufsplittung der Funktionen Kanzlerin und Parteivorsitzende hat ihre Autorität beschädigt. Annegret Kramp-Karrenbauer war als Parteichefin eine personelle ❯

PIZZICATO

Die Donaldisierung Deutschlands

Es ist 19 Jahre her, dass sich Guido Westerwelle die Zahl 18 in gelben Nummern auf die Schuhsohlen klebte, um die Anwartschaft seiner FDP kundzutun, bei den Großen mitzuspielen – mit den Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder und Edmund Stoiber. Im Wahlkampf 2002 an Nord- und Ostsee haute der Freizeitkapitän flotte Sprüche raus, Sachen wie: „Auf jedem Schiff, das dampft und segelt, gibts einen, der die Sache regelt – und das bin ich."

Später sollte Westerwelle es zum Vizekanzler und Außenminister unter Angela Merkel bringen, doch das Image des Luftikus wurde er nie mehr ganz los. Heuer hätte es der verstorbene FDP-Vormann mit seiner PR-Nummer indes locker in die TV-Trielle geschafft. Vermutlich hätte er geschmunzelt, als Moderatorin Linda Zervakis ein „Micky Maus"-Heft aus dem Jahr 1993 hervorzog, um nachzuweisen, dass der Klimawandel schon damals Thema war.

Comics und Realität: Fehlte nur, dass Armin Laschet mit Donald Duck konterte, um Finanzminister Olaf Scholz in Sachen Budget in die Bredouille zu bringen. *„Stöhn. Ächz. Würg"*, um mit Kult-Übersetzerin Erika Fuchs zu sprechen. Die Donaldisierung Deutschlands, ganz ohne Ober-Donald Trump, ist voll im Gang. Höchste Zeit, dass der Wahlkampf nach der TV-Elefantenrunde zu Ende geht – ehe die Olafisierung einsetzt. *„Schnarch."* (vier)

Reaktionen an: **thomas.vieregge@diepresse.com**

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Ein wenig kritischer dürften Sie schon sein

„Sind nicht für Ältere verantwortlich'", Interview mit Bundesschulsprecherin Susanna Öllinger, von Julia Wenzel, 22. 9.
Die Bundesschulsprecherin Susanna Öllinger ist bestimmt eine gute Schülerin. Dass sie aber schon in ihrem jungen Alter ganz auf Parteilinie ist, das überrascht doch ein wenig. Sind die Jungen nicht diejenigen, die andere Wege suchen, die Neues wagen wollen, die kritische Fragen stellen?

Herrn Kurz wird das bestimmt gefallen, aber ein wenig kritischer dürfte sie schon sein, im Interesse aller Schüler und jungen Menschen. Nur Mut!
Dr. Alfred Neumann, 1010 Wien

Tests gegen Bezahlung? Nur für Ungeimpfte

„Neos fordern Ende der Gratistests …", diepresse.com, 20. 9.
Tests gegen Bezahlung ja, aber nur für Ungeimpfte. Wenn das Kind z. B. eine chronische Erkrankung hat, muss man trotz Impfung getestet sein, bevor man zur Kontrolle ins Krankenhaus kommt. Und das würde wieder einmal alleinerziehende Mütter mit chronisch kranken Kindern treffen … Aber daran denkt ja keiner. Wir haben nicht *eine* FFP2-Maske gratis bekommen …
Leonore Herzog, 3032 Eichgraben

Egoismus zum Freiheitskampf stilisiert

„Ich will nicht sehen, wer (un)geimpft ist", von Anne-Catherine Simon, 17. 9.
So sehr ich Ihnen in Ihren Ausführungen bezüglich der Geschichte zustimme, tu ich mir insgesamt schwer mit Ihrer Argumentation. Wenn Ungeimpfte Masken tragen, ist das eine rein pragmatische Maßnahme im Sinne der Hygiene. Ideologisch aufgeladen wird sie nur von Leuten, die ihre persönliche Einschätzung über die Entscheidungen von Verantwortlichen und Fachleuten stellen. Von manchen wird Egoismus zum Freiheitskampf stilisiert. Diese Menschen machen pragmatische Fragen zu ideologischen Entscheidungen und belasten damit die gesamte Gesellschaft.

Ein weiterer Gedanke: In OÖ sind bald Wahlen, und schon im August gab es gefühlt dreimal mehr FPÖ-Plakate als andere. Der blaue Landesparteichef als weitblickender Staatsmann inszeniert, Top Slogan: „Unser Land, unsere Regeln". Interessant, wenn man sich an den Maskenverweigerer Kickl im Parlament erinnert. Noch interessanter, was dem alten Bauern dazu einfiel, bei dem wir im Sommer immer wohnen und der sein Leben lang immer nur eine Partei gewählt hat: Warum der Sobotka da nicht durchgegriffen hätte als Parlamentspräsident?! ❯

Fehlentscheidung, ihre Ära währte entsprechend kurz. Die Spätfolge war ein kontraproduktives Gerangel um die Unions-Kanzlerkandidatur, die auch mit einer Fehlentscheidung endete: Markus Söder hätte es vermutlich überzeugender gemacht als Armin Laschet. Nicht nur seine Umfragewerte waren viel besser. Noch nie in der Geschichte der Schwesterparteien war ein Franke aus Bayern so beliebt im Norden und Osten Deutschlands. Außerdem war es unfair, dass nicht die Unions-Fraktion aus CDU und CSU den Kandidaten kürte, sondern der CDU-Vorstand allein.

Die grüne Fehlentscheidung war Annalena Baerbock, deren Lebenslauf und Inszenierung in krassem Widerspruch standen. Robert Habeck hätte besser performt.

Die Pannenserie ist dafür verantwortlich, dass Deutschlands Parteienlandschaft nicht so gut aufgestellt ist, wie sie sein könnte. Noch herrscht bei den Wählern erstaunlich viel Ratlosigkeit, der Ausgang der Wahl ist offen. Bei mehr als einem Drittel Unentschlossener sind viele Stimmen auch in den vergangenen Tagen noch auf dem Markt. Baerbock war schon Erste in den Umfragen und ist nun Dritte. Scholz war Dritter und ist seit Längerem Erster. Laschet kommt nicht annähernd an das Unions-Potenzial heran, auch wenn er in der Schlusskurve Gas gibt.

Der Wahltag wird also sehr spannend. Den Wählern werden drei eher uncharismatische Kandidaten präsentiert. Erstaunlich ist, dass dennoch ein Persönlichkeitswahlkampf geführt wird und nicht ein inhaltlicher, da doch die Probleme so vielfältig und groß sind. Die programmatischen Unterschiede sind gar nicht so leicht auszumachen, jeder will irgendwie in der Mitte sein. Am besten kann das Olaf Scholz, den sie böse den „Erbschleicher“ nennen, weil er die Merkel-Raute macht und sich in der Kontinuität der Kanzlerin inszeniert. Mit ruhiger Hand, sachlich, unpolemisch, souverän – dazu noch als amtierender Finanzminister. Ihm traut man am ehesten zu, den deutschen Transformationsprozess zu managen. Mit Mindestlohn und fairen Mieten, sicheren Arbeitsplätzen und Pensionen setzt er auf linke Marken und schließt sogar eine Koalition mit den ganz Linken nicht aus. Armin Laschet blieb in seinen Ansagen diffus. Auch beim Zentralthema Klimapolitik verlässt er sich mehr auf technische Innovationen und die Lösungskompetenz der Betriebe, weniger auf Reduktionsziele und Vorgaben. Den Kohleausstieg bis 2038 will er nicht vorverlegen. Annalena Baerbock ist beim Thema Klima die Überzeugendste, das macht sie für die jüngere Wählerschicht attraktiv. Ihre Pannen und Fehler im Wahlkampf hängen ihr nach wie Laschet sein blödes Lachen beim Trost des Bundespräsidenten für die Flutopfer. Der Albtraum jedes Wahlkampfberaters.

Weder Mädchen noch Mutti

Eines ist klar: Angela Merkel ist auf nahe Sicht unersetzlich. Was man in Deutschland an ihr hatte, wird man beim nächsten Weltgipfel sehen, da mag man sich die „rheinische Frohnatur“ Laschet neben Xi Jinping, Joe Biden und Wladimir Putin gar nicht vorstellen.

Merkels Bilanz ist mit vier Perioden eindrucksvoll. Trotzdem ist ein Vermächtnis nicht leicht zu erkennen. Ich glaube, sie war weder „Kohls Mädchen“ noch „Mutti“. Sie war beharrlich, umsichtig und eher ein Sedativum für das Wahlvolk als ein Weckruf für die reformresistente Stimmung in der Bevölkerung. Sie hat den Atomausstieg und den Kohleausstieg vollzogen, sie hat Griechenland im Euro gehalten und die Finanzkrise 2008 gemeistert, und sie hat 2015 mit dem berühmten „Wir schaffen das“ die Flüchtlinge willkommen geheißen. Damals gab es tatsächlich einige Wochen, in denen in Deutschland die Solidarität mit den Asylsuchenden mehrheitsfähig war (sonst wäre Merkel vorsichtiger gewesen), aber die Stimmung kippte schnell und der nationale Souveränitätsverlust (wie auch in Österreich) hat die Menschen tief verunsichert und ihren humanitären Anflug beendet. Innenpolitisch hat sie von Gerhard Schröders Hartz-IV-Sozialreform profitiert für eine gute Wirtschaftsentwicklung seit 2005.

Angela Merkel war keine perspektivische Politikerin, keine Missionarin, keine Botschafterin eines neuen Deutschland. Sie hat oft zu lang gewartet, Pragmatismus pur war ihre Devise, in der Pandemie war sie wieder die große Krisenmanagerin. Zweifellos eine echte Europäerin, keine prägende Figur der EU, aber die Mächtigste.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

DIE AUTORIN

Heidi Glück (*1962) ist Kommunikationsexpertin in Wien. Seit 2007 ist sie Inhaberin der Beratungsagentur Heidi Glück Spirit & Support und der Redneragentur Top Speaker. Davor war sie sieben Jahre lang Pressesprecherin und strategische Beraterin des damaligen österreichischen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel (ÖVP). [Beigestellt]

QUERGESCHRIEBEN

VON CHRISTIAN ORTNER

Warum die „glühenden Europäer“ immer mehr zum Problem werden

Die EU ist eine Wertegemeinschaft, in der sehr gegensätzliche Werte hochgehalten werden – und das ist nicht unbedingt schlecht.

Das Europäische Parlament hat dieser Tage, ohne dass dies sonderlich wahrgenommen wurde, eine Aufforderung an die Mitgliedstaaten der Union gerichtet, alle Formen der gleichgeschlechtlichen Ehe oder entsprechender Partnerschaften anzuerkennen. Derzeit ist das in Polen, Bulgarien, Rumänien, Litauen, Lettland und der Slowakei nicht der Fall, einige andere EU-Staaten gestatten darüber hinaus auch nicht, dass gleichgeschlechtliche Paare Kinder aufziehen. Das Parlament kann das zwar nicht entscheiden, wohl aber Druck machen.

Oberflächlich betrachtet klingt dieser Vorstoß der Parlamentarier fortschrittlich, aufgeklärt und nach 21. Jahrhundert. Und trotzdem berührt er ein Problem, an dem die Union seit ihrer Gründung leidet und das virulenter wird, je mehr die Union einen staatsähnlichen Charakter annimmt, also einem Bundesstaat ähnlich wird: die Frage, was eigentlich die Union („Brüssel“) entscheiden und was Angelegenheit der Mitgliedstaaten bleiben soll.

> Die europäische Werte-Union ist eine Chimäre; gut für Sonntagsreden, problematisch, wenn sie erzwungen wird.

Denn auch wenn ich als Liberaler der gleichgeschlechtlichen Ehe positiv gegenüberstehe, muss ich als derselbe Liberale nicht zwingend meinen, diese Frage gehöre europäisch geregelt. Es gibt keinen Grund, nicht der eher konservativ grundierten Bevölkerung Polens das Recht einzuräumen, diese Causa anders zu sehen als das im Wiener Bobo-Milieu als angemessen empfunden werden dürfte. Einen kontinentweiten Regulierungsbedarf gibt es da nicht.

Der Versuch, innerhalb der Union alle Unterschiede bei den Präferenzen und Neigungen der Bürger zu plätten, hat noch nie besonders gut funktioniert und führt in der Regel zu starken politischen Immunreaktionen derer, die gerade umerzogen werden sollen. Und die finale Konsequenzen haben können, siehe Brexit.

Dass Bundesstaaten gerade dann gut funktionieren, wenn die Gliedstaaten in derartig grundsätzlichen, fundamentalen Themen Autonomie genießen, zeigen die USA. Während etwa in der EU die Todesstrafe per Unionsrecht überall verboten ist, kann in den USA jeder Bundesstaat selbst entscheiden, ob er sie anwendet oder nicht.

Wenn man aber für richtig hält, dass dergleichen prinzipielle Entscheidungen in den USA die einzelnen Staaten entscheiden, lässt sich nicht mehr gut die Notwendigkeit argumentieren, die Homosexuellen-Ehe müsse in der ganzen EU einheitlich rechtlich akzeptiert werden. Auch wenn das manchen „glühenden Europäern“ nicht leichtfällt zu akzeptieren: Bloß weil man eine Sache voller Überzeugung für die richtige hält, muss es noch kein Akt der Klugheit sein, jenen Teil der Europäer zu überrollen, die das anders sehen.

Teil des Problems ist, dass sich die EU gern als „Wertegemeinschaft“ versteht, was erstens gut klingt und zweitens einen gewissen moralischen Überlegenheitsanspruch impliziert.

Das Blöde ist nur, dass die Europäer zwar bestimmte Werte durchaus teilen, andere hingegen nicht. Zwischen dem Wertekanon einer polnischen Bäuerin und dem einer jungen Digital Native, die zwischen Brüssel, München und Mailand pendelt, wird es erhebliche Unterschiede geben, warum denn auch nicht. In den USA ist das übrigens nicht anders; dort teilt ein Redneck aus Alabama vermutlich auch nicht die Vorstellungen eines New Yorker Literaturkritikers über die gleichgeschlechtliche Ehe.

Die europäische Werte-Union ist daher bis zu einem gewissen Grad eine Chimäre; gut für Sonntagsreden, problematisch, wenn sie erzwungen wird.

Vielleicht wäre es ja nicht die schlechteste aller Ideen, die EU würde sich pragmatisch darauf beschränken, dort zu handeln, wo das mehr bringt als nationalstaatliches Agieren – und die Leute sonst in Ruhe lassen, gerade wenn es darum geht, ihr Privatleben zu organisieren, wie sie das eben wollen oder auch nicht.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

Zum Autor: Christian Ortner ist Kolumnist und Autor in Wien. Er leitet „ortneronline. Das Zentralorgan des Neoliberalismus“.

Hörtipp: Christian Ortner spricht mit Anna Wallner über die Fehler und Versäumnisse von Angela Merkel und was sie richtig gemacht hat. Abrufbar: **DiePresse.com/Podcast**

Morgen in „Quergeschrieben“: Anneliese Rohrer

Darüber musste ich nachdenken, als ich zuletzt auf der Fahrt durch OÖ ein neues FPÖ-Plakat sah: „Freiheit regiert“. Die Freiheit, das Recht nach tagespolitischen PR-Bedürfnissen auszulegen? Die Kinder tragen währenddessen weiter brav die Masken. Erstaunlich ist, dass man der Gesellschaft insgesamt etwas zumutet, wofür man selbst im Parlament keine Handhabe finden konnte oder wollte. Ideologisch oder pragmatisch, es wird nicht leichter.
Mag. Paul Lohberger, 1170 Wien

Ja, es geht teilweise ungerecht zu im Sport

„Schiedsrichterchef Sedlacek hält VAR-Einsatz ‚für falsch‘“, 22. 9.
Ich war von Anbeginn gegen diese zusätzliche Instanz, weil dadurch der Spielfluss, sofern er überhaupt entsteht, teilweise unnötig und minutenlang unterbrochen wird. Auch ist mir etwas unwohl angesichts der Tatsache, dass quasi anonym und aus der Ferne in das Spiel und den Spielverlauf eingegriffen wird. Und wir stellen mit dem VAR einen Anspruch von Fairness und Objektivität, dem keine Sportart jemals gerecht werden kann! Ja, es geht teilweise ungerecht zu bei sportlichen Wettkämpfen. Skispringerinnen wird der Anlauf verkürzt, Slalomläufer haben einen Vorteil unmittelbar nach Einsatz der Rutscher usw. Aber sind es nicht auch genau diese Unschärfen, diese unterschiedlichen Interpretationen und Wahrnehmungen von Handlung und Auswirkung, welche erst die Emotionen hochkochen lassen und Diskussion erzeugen? Und die teilweise lang im kollektiven Gedächtnis bleiben wie „Lattenpendler“ oder „Die Hand Gottes“?

Die eigentliche Frage ist also, ob wir ein steriles Sportgeschehen wollen, das laufend überwacht und in dem jede Übertretung sofort und konsequent geahndet wird, oder ob wir im Sinne der Spannung und der Emotionen ein gewisses Maß an Ungerechtigkeit einfach ertragen müssen.
Ing. Richard Rammler, 1140 Wien

Sparen und vernünftig Haushalten ist passé

„Dieser Winter könnte sehr hässlich werden“, Urschitz meint, 22. 9.
Volle Zustimmung! Es ist erstaunlich, was in dem Bereich alles ausgeblendet wird! Im Zusammenhang mit der Energiewende wird fast immer nur von der Elektrizität gesprochen. Die elektrische Energie macht am gesamten Energieumsatz jedoch nur knapp 20 Prozent aus. Der „lächerliche“ Rest von 80 Prozent wird fast immer totgeschwiegen.

Die Grünen hatten vor langer Zeit einen vernünftigen Grundsatz: „Die beste Kilowattstunde ist die eingesparte kWh“. Das ist heute kein Thema mehr, das Sparen und vernünftig Haushalten ist passé. Politiker scheuen die Begriffe „Sparen“ und „Einschränken“ wie der Teufel das Weihwasser. Das Heil wird in der unbegrenzten technischen Aufrüstung mit Solarenergie, Windenergie und verbesserten Wirkungsgraden gesucht. Bezüglich Wirkungsgrad ist man allerdings bei vielen Verfahren schon knapp an den durch naturgesetzliche Grundlagen gegebenen Grenzen angelangt – da ist nicht mehr viel zu holen!

Dabei gibt es so viel sicht- und spürbare Energieverschwendung, überflüssige Straßen-, Kirchen- und Fassadenbeleuchtungen, überheizte Innenräume etc.
DI Manfred Uttenthaler, 8053 Graz

Sämtliche Tatbestandsmerkmale werden erfüllt

„‚Wir erpressen Polen und Ungarn nicht‘“, Interview mit Johannes Hahn, von Wolfgang Böhm, 22. 9.
Johannes Hahn vermeint, die EU würde Ungarn und Polen nicht erpressen, wenn sie ihnen nicht ihren rechtmäßigen Anteil an dem Corona-Wiederaufbaufonds ausbezahlt. Er unterlässt auch die Antwort darauf, wer in der EU beurteilt, ob in diesen Mitgliedstaaten die Rechtsstaatlichkeit funktioniert oder nicht. Eine hochpolitische staatsphilosophische Entscheidung, die man keineswegs Linksliberalen überlassen darf. Eine zumindest versuchte Erpressung liegt vor, wenn eine rechtswidrige Androhung eines empfindlichen Übels zwecks Erreichung einer Unterlassung dem Vermögen des Erpressten Nachteile zufügt. Rechtswidrig ist die Tat dann, wenn die Androhung des Übels als verwerflich anzusehen ist. Sämtliche Tatbestandsmerkmale werden durch die Androhung der EU erfüllt.
Dr. Hans Jörg Schachner, 3390 Melk

IMPRESSUM: DEBATTE
Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
Online: Stefanie Kompatscher
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe:
Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: diepresse.com/meinung
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.